

Antragsbereich B / Antrag 4*Antragsteller: Jusos Bayern**Empfänger: Landesparteitag***B4: Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern**

Freie, solidarische und demokratische Bildung ist ein zentrales Anliegen der Arbeiter*innenbewegung.

**Erledigt durch
Wahlpro-
gramm**

5 Bildung darf nicht nur Ausbildung und Qualifizierung für das Berufsleben sein. Bildung ist ein Mittel zur sozialen Inklusion, zum sozialen Aufstieg und zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Wir bekennen uns zu einem sozialistischen Bildungsideal.

10 Frei – Die Finanzierung von Bildung ist eine staatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wer die Kosten von Bildung privatisiert, schließt Menschen von dieser aus. Denn Chancengerechtigkeit ist nur möglich, wenn der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb muss Bildung für alle kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Weder Gebühren oder das Geld für den Schulbus, noch Kosten für Arbeitshefte und
15 Malkästen dürfen eine Hürde darstellen.

Daher fordern wir: Freie Bildung von der Kita bis zum*zur Meister*in/Master*in!

20 Solidarisch – Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft und ein inklusives Bildungssystem. Wir wollen ein gemeinschaftliches Lernen aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Identität, ihrem kulturellen Hintergrund oder ihrer Religion. Ein sozialistisches Bildungssystem fördert den offenen Austausch zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb
25 der Gesellschaft. Dies ist mit dem dreigliedrigen Schulsystem nicht möglich. Die Aufteilung in Schularten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Anerkennung manifestiert soziale Ungerechtigkeit.

Wir bekennen: Bildung ist ein Menschenrecht!

30

Demokratisch – Bildung muss selbstbestimmt sein. In einer demokratischen Gesellschaft sind Mitbestimmung und Partizipation in Bildungseinrichtungen selbstverständlich. Individuelle Bildungsansätze ermöglichen die

35 Emanzipation von gesellschaftlichen Normen, stärken die eigenständige
 und kritische Meinungsbildung und lehren die Wertschätzung anderer Mei-
 nungen im demokratischen Diskurs. Frontalunterricht und starre Lehrpläne
 haben also ausgedient. Es bedarf der flächendeckenden Umsetzung neuer
 Lernkonzepte. Die rückständige Disziplinierung durch Strafen muss durch
 40 eine menschenfreundliche Feedbackkultur, die Lernfortschritte dokumen-
 tiert und würdigt, ersetzt werden. Oberste Aufgabe von Bildung ist die
 Förderung der persönlichen Entwicklung.

Deshalb fordern wir: Mehr Demokratie und Mitbestimmung!

45 Immer wieder haben reaktionäre Kräfte versucht, Bildung zu einem exklusiven
 Luxusgut zu machen. Sei es durch die Einführung von Studiengebühren,
 die Abschaffung der Lernmittelfreiheit oder der Verfassten Studierendenschaft.
 Nach wie vor finden sich diese reaktionären Ansätze in unserem
 Bildungssystem. Jetzt sind wir am Zug: Weg damit! Hin zu einem sozialistischen
 50 Bildungssystem.

A – Frühkindliche Bildung

1. Ausbau der Kita- und Krippenplätze

55

Kindertageseinrichtungen stellen insbesondere für Alleinerziehende und
 Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, eine bedeutende Entlastung
 dar.

60 Zum 01. März 2016 lag die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren
 in Bayern bei 27,2%. Bundesländer wie Brandenburg (57,2%) oder Sachsen-
 Anhalt (57%) und zahlreiche Bedarfserhebungen in Bayern zeigen, dass der
 Bedarf an Betreuungseinrichtungen weit über den in Bayern zur Verfügung
 stehenden Kapazitäten liegt. Da der Betreuungsbedarf für unter 1-Jährige
 65 sehr gering ist, der Betreuungsbedarf für 2- bis 3-Jährige aber bei etwa
 90% liegt, ist eine Betreuungsquote von circa 60% der unter 3-Jährigen
 als bedarfsdeckend zu betrachten. Um diese Zielzahl zu erreichen ist ein
 massiver Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu forcieren.

70 2. Beitragsfreiheit für Kitas und Krippen

Um frühkindliche Bildung für alle zu ermöglichen, braucht es neben dem
 dringenden Ausbau von Kita- und Krippenplätze auch die Beitragsfreiheit.

Diese entlastet vor allem einkommensschwache Familien und stärkt die
75 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Um die Kommunen nicht übermäßig zu belasten muss der Freistaat Bayern
in vollem Umfang für die entfallenden Beiträge aufkommen.

80 3. Schwimmunterricht schon im Kindergarten

Das Durchschnittsalter beim Erlernen des Schwimmens beträgt laut Studie
zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) Welle
1 des Robert-Koch-Instituts etwa sechs Jahre. Des Weiteren stellt die Studie
85 fest, dass Schwimmenlernen stark mit dem sozialen Status korreliert. So er-
lernen Kinder mit niedrigem Sozialstatus das Schwimmen im Durchschnitt
erst mit knapp sieben Jahren, Kinder mit hohem Sozialstatus bereits mit
fünfeinhalb Jahren.

90 Wir fordern daher die bayernweite Einführung des kostenlosen Schwimm-
unterrichts ab dem zweiten Kindergartenjahr. Ein Schwimmbadbesuch oder
gar die Finanzierung eines privaten Schwimmkurses stellen eine finanzielle
Belastung dar, die gerade von finanzschwachen Personen nicht getragen
werden kann. Hier müssen deshalb staatliche Angebote geschaffen werden,
95 um schon das Schwimmenlernen sicherzustellen. Dazu bieten sich insbe-
sondere Kindergärten an, da sie von einem hohen Prozentsatz der Kinder
besucht werden und das Kindergartenalter dem Alter entspricht, in dem
Kinder de facto das Schwimmen erlernen.

100 Um dem dadurch entstehenden Bedarf gerecht zu werden, fordern wir
des Weiteren ein flächendeckendes Ausbau- und Sanierungsprogramm für
öffentliche Schwimmbäder.

B – Schulische Bildung

105

1. Gemeinschaftsschulen

Als Beitrag zur Chancengerechtigkeit wollen wir eine Schule für Alle. Wir
bekennen uns zur Gemeinschaftsschule und möchten, dass alle Kinder und
110 Jugendlichen gemeinsam lernen können. Innerhalb der Gemeinschafts-
schulen sollen einzelne Fächer in unterschiedlicher Stundenzahl angeboten
werden, sodass die Schüler*innen je nach individuellen Interessen wählen
können.

115 Voraussetzung für eine gelingende Gemeinschaftsschule ist ein hoch indivi-
dualisierter Unterricht, der am Wissensstand jeder*s Einzelnen ausgerichtet
ist. Die Wahlmöglichkeiten müssen – insbesondere in höheren Jahrgangs-
stufen – im Vergleich zum heutigen Stand massiv erweitert werden. Dies
führt zu einem erhöhten Bedarf an pädagogischem Personal, der durch
120 die Schaffung neuer Stellen abgedeckt werden muss. An jeder Schule ist
ein breites Angebot von naturwissenschaftlichen bis hin zu künstlerischen
oder sprachlichen Schwerpunkten zu schaffen. Es darf kein Schulwechsel
erforderlich sein, um die gewünschten Inhalte belegen zu können.

125 An der Gemeinschaftsschule können je nach den Zukunftswünschen
der Schüler*innen unterschiedliche Bildungsabschlüsse erreicht werden.
Hierfür findet eine frühzeitige individuelle Beratung zur Entwicklung des
Bewusstseins über Stärken und Interessen für jede*n Schüler*in statt. Auch
die Schwerpunktsetzung in den Abschlussprüfungen erfolgt individuell.

130

2. Inklusion

Die Schule für Alle muss auch eine inklusive Schule sein, bei der Schü-
ler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam
135 unterrichtet werden. Wir Jusos sind uns sicher, dass alle Menschen unter-
schiedlich sind. Für uns gibt es keinen Grund, einzelne Menschen aufgrund
ihrer Andersartigkeit auf eigene Schulen zu schicken. Wir begreifen Vielfalt
als eine Bereicherung für die Gesellschaft.

140 Von einem inklusiven Bildungssystem, das mit der Schule für Alle gefordert
wird, profitieren nicht nur Schüler*innen mit Förderbedarf, sondern alle.
Beim gemeinsamen Lernen werden nicht nur kognitive Fähigkeiten erlernt,
vor allem die sozialen und mitmenschlichen Umgangsformen werden
gefördert.

145

Inklusion an Schulen ist mehr als eine bloße Forderung, sondern vielmehr ein
Menschenrecht! Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) schreibt
vor, dass Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens das
Recht auf Teilhabe besitzen. Insbesondere im Bereich der inklusiven Bildung
wirkt dieses Recht auf einen Paradigmenwechsel im Bereich der Schule
150 hin, da es bis zur Ratifizierung der UN-BRK im Jahr 2009 für Schüler*innen
mit Beeinträchtigungen nahezu unmöglich war, eine allgemeine Schule
zu besuchen. Dies änderte sich durch den Artikel 24 UN-BRK, welcher

Menschen mit Behinderungen das Recht auf die Beschulung an einer
155 allgemeinen Schulen zuspricht und so einen entsprechenden gesetzlichen
Anspruch darauf formuliert. Leider ist die separate Beschulung von Men-
schen mit Behinderungen heute noch weit verbreitet. Die Gründe dafür
sind vielfältig und liegen nicht nur daran, dass sehr viele Schulen nicht die
Grundstandards der Barrierefreiheit erfüllen. Inklusive Beschulung ist geht
160 ebenfalls mit einem Mehrbedarf an Unterrichtsstunden einher, da sich
vielmals die Unterstützung durch eine sonderpädagogische Fachkraft als
sinnvoll erweist und so zwei Lehrkräfte in einer Klasse gebraucht werden.
Deswegen fordern wir mehr Unterrichtsstunden für sonderpädagogische
Fachkräfte an allgemeinen Schulen zur Umsetzung der Inklusion sowie Un-
165 terrichtsprogramme zur Sensibilisierung von Menschen ohne Behinderung,
um latenten Berührungsängsten entgegenzuwirken.

3. Alternative Bewertungsformen – Abschaffung von Noten

170 Differenzierte Rückmeldung und Feedback sind für die Beobachtung des
Lernerfolgs notwendig. Noten tragen wenig zu dieser notwendigen Reflek-
tion des Wissensstandes bei: Mangelnde Objektivität bis hin zu Willkür,
insbesondere bei mündlichen Noten, schränken die Glaubwürdigkeit und
Verlässlichkeit massiv ein. Statt Schüler*innen auf einer Skala einzuordnen
175 sollten differenzierte Lernfortschrittsgespräche mit den Pädagog*innen
geführt und dokumentiert werden. So wird klar, an welchen Schwächen die
Kinder und Jugendlichen im nächsten Lernabschnitt fokussiert arbeiten und
welche Stärken weiter ausgebaut werden sollen. Sie sollen dabei gemessen
an ihrer individuellen Förderbedürftigkeit gefördert werden – dies gilt auch,
180 oder besonders, für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Aus der Abschaffung von Noten resultiert auch die Forderung nach der
Abschaffung des Sitzenbleibens. Sowohl Noten als auch das Sitzenbleiben
bauen Leistungsdruck auf, der zu Schulangst und Schulverweigerung füh-
185 ren kann. Mit der Abschaffung von Noten und des Sitzenbleibens wird den
Schüler*innen dieser Druck genommen.

4. Kleinere Klassen, mehr Lehrer*innen

190 Je kleiner eine Schulklasse ist, desto stärker kann ein*e Lehrer*in auf jede
einzelne Person eingehen – also sowohl für Schüler*innen mit als auch ohne
sonderpädagogischen Förderbedarf. Dadurch verbessert sich der Unterricht
maßgeblich. Wir fordern daher, dass Bayern mehr Lehrer*innen einstellt.

- 195 Dies führt zur Möglichkeit der Individualisierung der Lehrangebote. Unterrichtsinhalte führen durch Einbezug der Stärken und Schwächen der jeweiligen Schüler*innen an den Bedürfnissen ausgerichtet zu einer nachhaltigeren Nutzung der Unterrichtszeit und sorgen für bessere Lernerfolge.
- 200 Langfristig sind nicht mehr als 18 Kinder pro Klasse zu unterrichten. Bei der Anzahl der Schüler*innen ist darauf zu achten, dass Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf meist mehr Zuwendung durch die Lehrkraft benötigen. Wenn in einer Klasse mehr Schüler*innen mit Förderbedarf unterrichtet werden, sollte die Klassengröße kleiner sein.
- 205 Eine Aufstockung der Stellen für Lehrer*innen sorgt außerdem dafür, dass bei Ausfall einer Lehrkraft das Abhalten des Unterrichts weiterhin sichergestellt ist. Die Einstellung der Lehrkräfte muss unbefristet erfolgen. Die derzeitige Politik des Kultusministeriums, Lehrkräfte maximal mit 1-
- 210 Jahres-Verträgen anzustellen, führt vor allem im letzten Teil des Schuljahres zu massiven Qualitätseinbußen im Unterricht. Die betroffenen Lehrkräfte müssen nicht nur Zeit dafür verwenden, eine neue Stelle zu finden, sondern sind auch psychisch aufgrund der fehlenden Zukunftsperspektive belastet.
- 215 5. Beratungsangebote an Schulen stärken
- Die Beratungsteams an bayerischen Schulen müssen massiv ausgebaut werden. Schulpsycholog*innen und Beratungslehrkräfte müssen ausreichend Anrechnungsstunden für ihre beratende Tätigkeit erhalten. Hier
- 220 veranschlagen wir für die Lehrkräfte des Beratungsteams mindestens zwei Anrechnungsstunden pro 100 Schüler*innen. Zusätzlich ist eine Stunde pro Woche zur Vernetzung des Teams, für Supervision und kollegiale Fallberatung einzuplanen.
- 225 Darüber hinaus fordern wir, dass an jeder Schule mindestens eine*n Sozialarbeiter*in in Vollzeit und unbefristet eingestellt werden muss. An größeren Schulen müssen mehr Sozialarbeiter*innen eingestellt werden. Außerdem müssen Schulen die Möglichkeit haben, besonderen Bedarf an Sozialarbeitenden melden zu können. In dem Fall muss das Land Bayern
- 230 dazu verpflichtet werden können, an diesen Schulen schnellstmöglich zusätzliche Sozialarbeitende einzustellen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Beratungsteams angemessen ausgestattet sind.

6. Mehr Politikunterricht

235

In jeder Schule in Bayern soll es ab der 5. Klasse bis zum Abschluss mindestens eine Stunde in der Woche Politikunterricht geben. Dieser Unterricht darf sich dabei nicht auf die theoretische Vermittlung von Wissen über politische Systeme beschränken, sondern muss konkrete Demokratieerlebnisse schaffen. So soll in einem Teil der Stunde über aktuelle Themen, welche von den Schüler*innen kurz vorgestellt werden, diskutiert werden. Den Schüler*innen muss gezeigt werden, dass ihre Beiträge zum demokratischen Diskurs für unsere Gesellschaft wichtig sind. Nicht mehr nur die formal-institutionellen Strukturen der Demokratie sollten auf den Lehrplänen stehen, sondern gesellschaftliche Streitthemen, Mitmachmöglichkeiten und der praktische Austausch mit Parteien, Politiker*innen und Aktiven. Demokratie muss praktisch erprobt und kennengelernt werden. Die Durchführung von "Politiktagen", bei denen Bürger*inneninitiativen, Parteien, Gewerkschaften und Verbände Workshops an Schulen anbieten, regelmäßige Demokratietrainings und ein regelmäßiger Kontakt zu den Wahlkreiskandidat*innen sind neben den neuen Instrumenten der Netzdemokratie nur einige Beispiele, um den Sozialkundeunterricht lebensnäher und interessanter zu gestalten.

255 7. Digitalisierung der Bildung

Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche bietet Potentiale für die Bildungseinrichtungen. Wir stellen fest, dass die Lebensrealität von jugendlichen insbesondere im Hinblick auf Kommunikation bereits wesentlich digital geprägt ist.

Technologien ermöglichen an vielen Stellen eine anschauliche und einfacher zugängliche Darstellung von Lerninhalten. Diese Potentiale sollen ergänzend zu bestehenden Methoden genutzt werden. Grundlage hierfür ist einerseits die entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte. Jugendliche bringen die notwendigen Qualifikationen oft bereits mit: Eine Fokussierung auf individuelle Lernmethoden statt reinem Frontalunterricht macht die bereits vorhandenen Erfahrungen der Schüler*innen nutzbar.

270 Andererseits muss die Schule aber auch klar die Risiken und Probleme der Digitalisierung adressieren und eine kritische Auseinandersetzung fördern. Dies beginnt bei der Nutzung von reichweitenoptimierten sozialen Netzwerken und deren Auswirkung auf das Verhalten von Kindern

und Jugendlichen und reicht von digitalen Geschäftsmodellen, bei denen
275 wenige vom Inhalt vieler profitieren, bis hin zu politischen Dimensionen
von Digitalisierung wie dem Eigentum an Daten oder ähnlichem. Dabei
muss die Thematisierung dieser Inhalte in kritischen Reflexionsprozessen
abgebildet sein.

280 Die Schule muss Medienkompetenzen vermitteln. Schüler*innen sollen
motiviert werden ihr Konsumverhalten im Bezug auf digitale Medien kri-
tisch einzuschätzen und zu hinterfragen. Auch die Bewertungskompetenz
unterschiedlicher Qualitäten von Quellen im Internet oder Recherchekom-
petenzen können hier als Beispiele genannt werden.

285 Schule muss sich an der Lebensrealität der Jugendlichen orientieren. Hierzu
gehört zuvorderst die Abschaffung des Handyverbots zugunsten von indivi-
duellen Regelungen, die das Schulforum an jeder Schule unter Beteiligung
der Schulfamilie festlegen soll. Verbote verhindern den kritischen Umgang.
290 Dass außerhalb der Schulen viele der Probleme, die als Gründe für das
Handyverbot angeführt werden, weiterhin existieren, wird ignoriert.

Die Abschaffung des Verbots digitaler Speichermedien bietet auch Potentiale
für die Unterrichtsgestaltung: Jugendliche können bei Verständnispro-
295 blemen einzelner Aspekte selbstständig recherchieren.

Wir sehen die öffentliche Hand in der Pflicht für eine angemessene In-
frastruktur und Ausstattung an den Schulen zu sorgen. Dies beinhaltet
schnellen und hochverfügbaren Internetzugang sowie unterschiedliche
300 Endgeräte für unterschiedliche Zwecke. In einer Übergangszeit ist dafür zu
sorgen, dass auch privat mitgebrachte Geräte barrierefrei nutzbar sind und
beispielsweise keine Limitierungen im Hinblick auf WLAN-Netze existieren.

Die Digitalisierung der Bildung muss gestaltet und unter Einbeziehung
305 der Schüler*innen entwickelt werden. Es reicht nicht, Hefte durch iPads
zu ersetzen: Der Freistaat Bayern soll ein umfassendes und ganzheitliches
Konzept erstellen.

Damit Schüler*innen einen kompetenten Umgang mit diesen Medien
310 erlernen, braucht es endlich ein fundiertes medienpädagogisches Konzept
für alle bayerischen Schulen. Das Konzept muss sich insgesamt auf drei
Ebenen widerspiegeln: in verbesserten Lehrplänen, in einer gezielteren
Lehrer*innenfortbildung zu diesem Thema und ganz besonders im Aufbau

des Lehramtsstudiums. Für die Lehramtsstudiengänge an den bayerischen
 315 Universitäten und Hochschulen fordern wir konkret eine Reform beim
 Erweiterungsfach Medienpädagogik. Es soll in seiner jetzigen Form auf-
 gelöst werden und seine Lehrinhalte zu Pflichtveranstaltungen für alle
 Lehramtsstudent*innen in Bayern werden.

320 Dafür braucht es Anpassungen beim bayerischen Lehrerbildungsgesetz, bei
 der Lehramtsprüfungsordnung (I+II), sowie den Studien- und Prüfungsord-
 nungen der einzelnen Universitäten. Hat eine Universität oder Hochschule
 das Fach noch nicht in seinen Angebot, ist sie dazu aufgefordert, so schnell
 wie möglich passende Strukturen und Inhalte zu schaffen. Das Kultusmi-
 325 nisterium soll hierbei unterstützen und entsprechende Finanzmittel zur
 Verfügung stellen.“

8. Demokratie an Schulen

330 Eine der Kernaufgaben von Schule ist die Vorbereitung auf eine demokra-
 tische Gesellschaft. Positive demokratische Erfahrungen sind hierfür die
 Grundvoraussetzung. Jugendliche brauchen Erlebnisse, die ihnen deutlich
 machen, dass jede Meinung wichtig ist und berücksichtigt wird.

335 Die Schule muss dabei in zwei Bereichen ansetzen: Erstens in der Demo-
 kratisierung des Unterrichts, bei der Jugendliche selbst bestimmen können,
 welche Lerninhalte sie vertiefen möchten und wie der Unterricht inhaltlich
 und methodisch aufgebaut sein soll. Die Lehrmethoden sollen dabei durch
 Alternativen zum Frontalunterricht weniger auf die Lehrkraft sondern mehr
 340 auf die Schüler*innen ausgerichtet sein. Teamarbeit und eigenständiges
 Arbeiten fördern dabei Kompetenzen, die im Rahmen der Meinungsbildung
 unabdingbar sind.

Daneben ist aber auch eine Förderung der Schüler*innenmitverantowrtung
 345 notwendig. Schüler*innen müssen die Möglichkeit haben, ihren Schulalltag
 mitzugestalten und bei Fragen der Organisation des Schulalltags mitzu-
 bestimmen. Die SMVen müssen zu einer Schüler*innenvertretung werden,
 die echte Mitspracherechte und Kompetenzen hat. Die Vertretung der
 Meinungen soll auf Schulebene sowie übergreifend in bildungspolitischen
 350 Diskussionen eingebracht und gehört werden.

In den Schulen ist die Arbeit der SMVen durch die Zurverfügungstellung von
 Räumlichkeiten (SMV-Zimmern) verpflichtend zu unterstützen.

355 Des Weiteren erachten wir die Abschaffung des Führens von Absenten-
büchern durch zwei Schüler*innen als längst überfällig. Mittels neuer
Programme fordern wir, dass Fehltag und Fehlstunden von den Lehrkräf-
ten zu Beginn der Stunde am PC eingetragen werden. Die Klassenleitung
ist ebenfalls dafür zuständig, die Entschuldigungen selbst einzusammeln.
360 Dass diese Aufgabe von Schüler*innen, welche in diesem Fall lediglich als
Gehilf*innen von Lehrkräften fungieren, übernommen wird, ist für uns
unter anderem auch aus dem Aspekt des Datenschutzes inakzeptabel. Wir
lehnen es außerdem ab, dass einzelnen Schüler*innen eine Kontroll- und
Überwachungsfunktion über den gesamten Klassenverband zugesprochen
365 wird. Dadurch wird der Zusammenhalt innerhalb des Klassenverbandes
unterwandert.

C – Hochschule und Forschung

370 1. Solide Grundfinanzierung, Drittmittel und Entfristungsoffensive

Die Grundfinanzierung der bayerischen Hochschulen ist massiv zu erhöhen.
Zustände wie an der Technischen Universität München, die sich zu einem
Drittel aus Drittmitteln finanziert, sind untragbar. Drittmittel verbessern
375 nicht Lehre und Studium, sie stehen nur für einen begrenzten Zeitraum für
sehr spezifische Spitzenforschung zur Verfügung. Weder die über Drittmittel
finanzierten Wissenschaftler*innen noch die Hochschulen verfügen über
langfristige Planungssicherheit.

380 Außerdem fällt das Gros der Drittmittel im Bereich der sogenannten MINT-
Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) an.
Es fehlt dadurch insbesondere im geistes- und kulturwissenschaftlichen
Bereich an Forschungsgeldern. Da die Höhe der eingeworbenen Drittmittel
zu Unrecht als Qualitätsmerkmal einer Hochschule gilt, geht damit eine
385 Abwertung der geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen innerhalb
der Hochschulen und letztlich in der gesamten Hochschullandschaft einher.

Zudem kaufen sich private Unternehmen auf diesem Weg billig in For-
schungsprojekte ein. Mit dem Ergebnis, dass ihre Forschungsprojekte von
390 der staatlich finanzierten Infrastruktur profitieren. Von der erbrachten
Forschungsleistung und etwaigen Patenten, die aus der Forschung resultie-
ren, profitieren aber meist nur die Unternehmen. Dafür stehen staatliche
Institutionen nicht zur Verfügung. Ihre Forschung dient der Allgemeinheit!

395 Die Grundfinanzierung ist daher soweit zu erhöhen, dass sie den Großteil
der bisher durch Drittmittel finanzierten Forschung und Lehre trägt. Die
Drittmittelfinanzierung der Hochschulen ist entsprechend zu beschränken,
insbesondere im Bezug auf Forschungsgelder nicht-staatlicher Einrichtun-
gen.

400

Über die Erhöhung der Grundfinanzierung sind auch neue Dauerstellen
einzurichten, bestehende Verträge müssen entfristet werden. Der Freistaat
Bayern verpflichtet sich, seinen Beitrag zu bundesweit 50.000 neuen Dau-
erstellen an den Hochschulen zu leisten.

405

Wir fordern eine Zivilklausel für alle Hochschulen in Bayern, die im Bayeri-
schen Hochschulgesetz (BayHSchG) verankert wird, sowie für alle weiteren
Forschungseinrichtungen des Freistaats. Werbung für die Bundeswehr
lehnen wir in allen Bildungseinrichtungen ab.

410

2. Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

Wir fordern einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte (TV-Stud). Ein
solcher Tarifvertrag, wie es ihn in Berlin gibt, gewährleistet gleiche Be-
zahlung bei gleicher Arbeit und schafft Rechtssicherheit für Studierende
und Hochschulen. Bisher sind Studierende dem Gutdünken der jeweiligen
Institute und Hochschulen ausgeliefert. Der Tarifvertrag muss für alle
Forschungseinrichtungen des Freistaat Bayern gelten, auch solche, die nicht
direkt an Hochschulen angegliedert sind.

420

Ein Tariflohn von 14€ ist als angemessen zu betrachten. Die Lohnentwick-
lung ist an die Lohnentwicklung der anderen Hochschulbeschäftigten
und somit den Tarifvertrag der Länder (TV-L) zu koppeln. Ebenso ist der
Urlaubsanspruch an den TV-L zu koppeln. Da Bayern anders als Berlin
ein Flächenland mit regional stark unterschiedlichen Lebenshaltungskosten
ist, sind je nach Studien- und Arbeitsort Zuschläge zu gewähren. Eine
monatliche Mindestarbeitszeit von 40 Stunden garantiert ein er-
trägliches Nebeneinkommen. Die Höchstarbeitszeit von 80 Stunden pro
Monat gewährleistet genug arbeitsfreie Zeit zur Fortsetzung des Studi-
ums. Eine Beschäftigungsdauer von mindestens vier Semestern schafft
Planungssicherheit und ermöglicht Studierenden einen ausreichenden
Einblick in die wissenschaftliche Arbeitswelt. Der Tarifvertrag muss darüber
hinaus Regelungen zur freiwilligen Reduzierung der Mindestarbeitszeit,

430

zu angemessenen Vor- und Nachbereitungszeiten, zum Ausschluss von
435 Bereitschaftsdiensten und einem mindestens zehntägigen Bildungsurlaub
enthalten.

3. Demokratisierung der Hochschulen

440 Zentrales Element ist die Wiedereinführung der 1973 abgeschafften Ver-
fassten Studierendenschaft. Bayern ist das einzige Bundesland, das seinen
Studierenden dieses basale Element demokratischer Teilhabe verwehrt.
Aufgabe der Allgemeinen Studierendenausschüsse (AStA) war und ist die
445 Vertretung der Interessen der Studierenden gegenüber den gesellschaftli-
chen Akteur*innen.

Wir fordern daher, dass die Verfassten Studierendenschaften als rechtsfä-
hige öffentlich-rechtliche Teilkörperschaften der jeweiligen Hochschulen
wieder eingeführt werden. Sie müssen mit Satzungs- sowie Finanzau-
450 tonomie und einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattet werden.
Zudem fordern wir die Einrichtung einer Landesstudierendenschaft, die
wie die Österreichische Hochschul*innenschaft per Listenwahl von allen
Studierenden in Bayern direkt gewählt wird. Diese ersetzt künftig die
Landes-Asten-Konferenz (LAK) als Vertretung der Studierenden auf Landes-
455 ebene. Die LAK soll zukünftig der Vernetzung der ASten in Bayern dienen,
sie untersteht der Landesstudierendenschaft. Auch die Landesstudieren-
denschaft muss als öffentlich-rechtliche Körperschaft verfasst sein. Für die
Hochschulwahlen soll wie bei den Kommunalwahlen die Möglichkeit des
Kumulierens und Panaschierens eingeführt werden.

460

Des Weiteren muss in allen Hochschulgremien die Viertelparität zwischen
den vier Statusgruppen (Professor*innen, wissenschaftliche und sonstige
Mitarbeiter*innen sowie Studierende) hergestellt werden. Mittelfristig sind
die Statusgruppen so weit wie möglich abzuschaffen und die Direktwahl
465 der jeweiligen Gremien durch alle Mitglieder der Hochschule ist einzufüh-
ren. Gremien ohne demokratische Legitimation wie beispielsweise den
Hochschulrat lehnen wir ab. Stattdessen müssen die klassischen Selbst-
verwaltungsgremien der Hochschulen wie z. B. der Senat wieder gestärkt
werden.

470

4. Frauen* in der Wissenschaft

2016 waren von 6.822 Professor*innen laut Bayerischem Landesamt für

Statistik 1.312 weiblich. Das entspricht einem Anteil von gerade einmal
475 19,23%, wohingegen der Frauen*anteil unter den Studierenden im Wintersemester 2017/18 49% betrug. Zu beachten sind hierbei außerdem die stark schwankenden Anteile zwischen den einzelnen Fachbereichen. Fakt ist außerdem, dass der Anteil von Frauen* in der Wissenschaft nur langsam steigt.

480

Die Gründe hierfür sind vielfältig und alle eng miteinander verwoben. Die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen* findet auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Art und Weise statt. Eine Verbesserung der Situation kann nur dann erreicht werden, wenn an all diesen unterschiedlichen Stellen angesetzt wird. Unser Ziel ist es deshalb, sowohl für
485 konkrete Verbesserungen als auch einen gesamtgesellschaftlichen Wandel der Strukturen zu streiten. Dabei darf der Wissenschaftsbetrieb nicht isoliert betrachtet werden, sondern als Bereich, der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt ist und diese auch umgekehrt beeinflusst.

490

Um bessere Perspektiven für Frauen* zu schaffen, müssen zunächst die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verbessert werden. Ebenso besteht ein enges und häufig gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis mit den Vorgesetzten bzw. Förderer*innen. Die in die Freizeit verlegte Promotion
495 bzw. Habilitation, für die während der regulären Arbeitszeit keine Zeit bleibt, verstärkt den Trend der prekären Beschäftigung im wissenschaftlichen Bereich zusätzlich. Die daraus entstehende mangelnde Sicherheit hinsichtlich der Familienplanung trifft alle im Wissenschaftsbetrieb Tätigen. Frauen* sind jedoch besonders betroffen, da ihnen die Verantwortung für
500 die Reproduktions- und Fürsorgearbeit durch die Gesellschaft zugeschrieben wird und sie sich zwischen dieser und ihrer beruflichen Arbeit faktisch entscheiden müssen. Männern hingegen wird diese Verantwortung in der Regel nicht zugeschrieben.

505

Hier ist also durch die Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen sowie Tenure-Track-Verfahren, die einen dauerhaften Verbleib an der Hochschule ermöglichen, anzusetzen. Gerade in Hinblick auf den Arbeitsalltag vieler Wissenschaftler*innen muss eine bessere Vertretung auf Hochschulebene ermöglicht werden. Darüber hinaus braucht es endlich eine bessere Vereinbarkeit von Reproduktionsarbeit und wissenschaftlicher Tätigkeit. Hierzu
510 bedarf es zunächst der Schaffung von echten Teilzeitstellen mit Aufstockungsmöglichkeit, in denen die Menschen tatsächlich auch nur die Hälfte der regulären Arbeitszeit arbeiten müssen. Zusätzlich ist die Schaffung

kostenfreier Betreuungsangebote für die Vereinbarkeit entscheidend.

515

Ohne Verbindlichkeiten, ohne Druck und auch ohne eine Frauen*quote wird sich wenig tun. Daher setzen wir uns für eine Quote von mindestens 50% bei Neueinstellungen ein. Dazu gehört auch eine paritätische Besetzung von Berufungslisten. Diese Quote muss jeder Fachbereich für sich erfüllen.

520

Eine solche Quote steht unserer Auffassung nach nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz in Konkurrenz, da in der patriarchalen Gesellschaft Frauen* in vielen Bereichen diskriminiert werden und dort nur durch eine Quote für Chancengleichheit gesorgt werden kann. Einen Kompromiss, wie ihn beispielsweise das Kaskaden-Modell darstellt, lehnen wir ausdrücklich ab. Bei diesem Modell finden kaum Verbesserungen statt und wenn würden sie erst nach Jahren erreicht. Außerdem hält dieses Modell keine Lösung dafür parat, dass wissenschaftliche Stellen in Studiengängen mit einem geringen Anteil von Frauen* nie paritätisch besetzt würden.

525

530

Darüber hinaus ist die Vernetzung von Frauen* im wissenschaftlichen Betrieb durch die Gleichstellungsbeauftragten zu fördern, insbesondere um sich miteinander zu solidarisieren. Hierbei ist der Empowerment-Gedanke zentral. Es geht um ideologische Förderung untereinander, durch welche Multiplikatorinnen* gebildet werden, die in ihren Instituten ihr Wissen weitergeben können.

535

5. Studienplätze ausbauen, Zulassungsbeschränkungen abschaffen

Wir lehnen Studienzulassungsbeschränkungen in jeder Form ab. Zulassungsbeschränkungen wie der Numerus Clausus (NC) oder Eignungsfeststellungsverfahren werden immer dann eingeführt, wenn eine Hochschule nicht genügend Studienplätze für alle Studieninteressent*innen anbieten kann. Diese Zulassungsbeschränkungen sind Ausdruck einer Gesellschaft, die zu wenig in den Ausbau ihrer Hochschulen investiert hat. Die Leidtragenden sind die Studieninteressent*innen, denen die Hochschulreife ja bereits zugesprochen wurde. Wer die Hochschulreife erwirbt, der*dem muss auch ermöglicht werden, tatsächlich die gewünschte Hochschule im gewünschten Studienfach zu besuchen! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2017 zum NC im Medizinstudium hat gezeigt, welche verfassungswidrigen Ausmaße die Zulassungsbeschränkung inzwischen erreicht hat.

540

545

550

Solange aber nicht ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen, halten

wir einen differenzierten NC, der unter anderem Wartezeiten, Härtefälle,
555 ehrenamtliches Engagement und bereits erworbene berufliche Qualifikatio-
nen berücksichtigt, für die geeignetste Form der Zulassungsbeschränkung.
Das bedeutet nicht, dass wir diesen Zustand für tragbar halten oder akzep-
tieren! Er muss schnellstmöglich beseitigt werden.

560 6. Hochschulsozialpakt

Wir fordern den umfangreichen Ausbau der sozialen Infrastruktur rund um
die Hochschulen (Wohnheime, Mensen, Beratungsangebote) im Rahmen
eines Hochschulsozialpaktes. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein,
565 dass ein solcher Hochschulsozialpakt zwischen Bund, Ländern und den
Studierendenwerken zustande kommt. Unabhängig davon müssen wir
schon jetzt den Ausbau dieser Infrastruktur vorantreiben.

Nur für 10% der bayernweit rund 390.000 Studierenden steht ein Wohn-
570 heimplatz bei den Studierendenwerken zur Verfügung. Damit liegt die
Unterbringungsquote in Bayern hinter der von Ländern wie Mecklenburg-
Vorpommern (11,80%) oder Thüringen (14,98%), aber etwas über dem
bundesweiten Durchschnitt von 9,69%. Auf absehbare Zeit wird die Zahl
der Studierenden weiter steigen und sofern keine adäquaten Maßnahmen
575 ergriffen werden, wird die Unterbringungsquote auch in Bayern weiter
sinken. In der nächsten Legislaturperiode sind Vorkehrungen zu treffen,
um die Unterbringungsquote innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 15%
anzuheben. Dabei sind die Fördersummen so zu gestalten, dass die Miete
letztlich nicht höher liegt als der Wohnzuschlag des BAföG. Um dieses Ziel
580 zu erreichen muss der Freistaat Bayern den Studierendenwerken kostenlos
Grundstücke zur Bebauung mit Studierendenwohnheimen zur Verfügung
stellen.

Darüber hinaus ist ein Ausbau- und Sanierungsprogramm für Einrichtungen
585 der Hochschulgastronomie aufzulegen. Die Subvention der angebotenen
Lebensmittel ist nicht auf Mensen zu beschränken, sondern auch auf
Cafeterien und Menserien auszuweiten.

Die Finanzierung des Beratungsangebots für Studierende muss langfristig
590 über eigens dafür vorgesehene Mittel gesichert werden. Insbesondere für
Schwangere und Studierende mit Kind, zur Studienfinanzierung, zu studen-
tischem Arbeitsrecht und zur psychosozialen Beratung sind entsprechende
Angebote zu schaffen und auszubauen.

595 Grundsätzlich ist die Arbeit der Studierendenwerke durch den Freistaat auszufinanzieren. Die Studierendenwerksbeiträge sind abzuschaffen.

D – Bildungseinrichtungen übergreifende Forderungen

600 1. Kostenloses Mittagessen

Wir fordern kostenloses Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen. Und das jeden Tag. Darunter fallen insbesondere Krippen, Kitas, Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Dieses Essen muss allgemeinen Richtlinien zur gesunden Ernährung entsprechen. Es ist wichtig, dass Kinder in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden und dazu gehört auch eine ausreichend gesunde und nahrhafte Ernährung. Ernährungsbildung und die Förderung der Akzeptanz von unterschiedlichen Ernährungsformen (z. B. Veganismus, Vegetarismus) müssen verfolgt werden. Von selbst versteht sich daher, dass für alle Ernährungsformen ein entsprechendes Essen angeboten wird. Auch die gängigen Allergien und Lebensmittelunverträglichkeiten sind in der Zusammenstellung der Speisepläne zu berücksichtigen.

615 2. Lernmittelfreiheit

Lernmittelfreiheit (auch Lehrmittelfreiheit) bezeichnet die kostenlose Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien. Die Lernmittelfreiheit an öffentlichen Schulen in Bayern wird durch Art. 21 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) geregelt.

620 Lernmittelfreiheit besteht leider nur für Schulbücher. In Art. 21 BaySchFG sind explizit Atlanten, Formelsammlungen und “die übrigen Lernmittel” ausgeschlossen. Mit “übrigen Lernmitteln” sind beispielsweise Taschenrechner, Zirkel, Schreib- und Arbeitshefte, nur einmalig verwendbare Übungshefte, Malkästen und -blöcke, Stifte und vieles mehr gemeint. Zu Beginn eines Schuljahres und insbesondere bei der Einschulung häufen sich die privaten Ausgaben für Lernmittel zu einer beträchtlichen Summe auf. Diese Lernmittel müssen zukünftig kostenfrei durch die jeweiligen Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

630 Beiträge zur Finanzierung der Lernmittel wie sie in Form des Kopiergeldes oder Materialgeldes bereits bestehen, lehnen wir ab. Kopier- und Materialgeld sind abzuschaffen.

635 Auch Klassenfahrten dienen der schulischen Bildung und sind somit staatlich auszufinanzieren. Die Kosten dürfen nicht auf die Schüler*innen / Eltern abgewälzt werden.

Die Forderungen zur Lernmittelfreiheit gelten nicht nur im schulischen
640 Bereich. Sie sind auf alle Bildungseinrichtungen zu übertragen.

Das in Rechnung stellen beschädigter Lernmittel ist nur bei grober Fahrlässigkeit und Absicht zulässig. Die beispielsweise an chemischen Fakultäten gängige Praxis, die Studierende zur Erstattung beschädigter Reagenzgläser
645 oder Petrischalen verpflichtet, lehnen wir ab.

3. Abschaffung des Kooperationsverbots

Der Freistaat Bayern soll sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots einsetzen. Der Bildungsföderalismus innerhalb eines Staates behindert die aktive Zusammenarbeit zwischen den Ländern und schafft zudem unnötige Hürden für alle Schüler*innen, indem Bildungsabschlüsse zwar anerkannt werden, aber dennoch anders beurteilt werden. Diese Praxis hat im 21. Jahrhundert nichts mehr zu suchen und hat
655 völlig ausgedient.

4. Barrierefreiheit, Sanierungs- und Modernisierungsbedarf

In kommunalen Bildungseinrichtungen hat sich bedingt durch die finanziell angespannte Situation der Kommunen in den letzten Jahren ein erhebliches Maß an Sanierungs- und Modernisierungsbedarf angestaut. Auch für den Ausbau von Bildungseinrichtungen fehlte Geld. Insbesondere in Regionen mit starkem Bevölkerungszuwachs ist der Ausbau allein mit kommunalen Mitteln nicht zu stemmen. Der Freistaat Bayern muss sich daher an
665 Sanierungs-, Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen der Kommunen stärker beteiligen, die Mittel dazu müssen erheblich aufgestockt werden. Auch im Hoheitsbereich des Freistaats müssen entsprechende Maßnahmen an Bildungseinrichtungen intensiviert werden.

670 Bei allen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, aber auch Neubauten, ist ein besonderes Augenmerk auf die Barrierefreiheit zu richten. Dabei ist es mit rollstuhlgerechten Zugängen und Aufzügen nicht getan. Es sind insbesondere auch Blindenleitsysteme und induktive Höranlagen zu be-

rücksichtigen. Besteht konkreter Bedarf, so ist die Barrierefreiheit schnellst-
675 möglich herzustellen. Das Konzept der Gemeinschaftsschule kann nur ge-
lingen, wenn auch die räumlichen Gegebenheiten zur Beteiligung aller ge-
geben sind.“